

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 3 M 30 & vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Geschäftsstelle
abgeholt vierteljährlich 3 M — &.



Anzeigenpreis.
Der 6-spaltigen Beilage oder deren Raum für Geisenheim 15 &;
außwärtiger Preis 20 &. Reklamezeile 50 &. Hierzu 25% Zuschlag.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 4.

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Samstag, den 10. Januar 1920.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

20. Jahrg.

Amtliche Bekanntmachungen.

F. B. 465. Rüdesheim, den 6. Januar 1919.

Die Interalliierte Kommission der Rheinlande hat die Anwendung der Gefetze vom 10. Oktober 1916 und vom 19. September 1919 betr. die Bewirtschaftung des Tabaks (Reichsgesetzbl. Nr. 1116 und 1145 unter dem Vorbehalte, daß die im Friedensvertrage aufgestellten Bedingungen befolgt werden, genehmigt.

Percin,
Rittmeister und Administrateur.

F. B. 466. Rüdesheim, den 6. Januar 1920.

Die Verwalter sämtlicher Häuser und Fabriken die franz. Untertanen angehören oder in welcher französisches Kapital eingesetzt ist, haben beim zuständigen Bürgermeister sofort Meldung zu erstatten.

Die Herren Bürgermeister werden dafür Sorge tragen, daß die eingehenden Anmeldungen bis spätestens 13. Januar in Händen des Administrateurs gelangen.

Percin,
Rittmeister und Administrateur.

F. B. 467. Rüdesheim, den 6. Januar 1920.

Die Interalliierte Kommission der Rheinlande hat die Anwendung des Gesetzes vom 18. September 1919, Seite 1667 und folgende des Reichsgesetzblattes, betr. Tabaksteuer, genehmigt.

gez. Percin,
Rittmeister und Administrateur.

F. B. 468. Rüdesheim, den 6. Januar 1920.

Der General, Kommandant der Rheinarmee, bestimmt daß die Einfuhr, der Verkauf, das Weitergeben sowie das Aufbewahren der illustrierten Zeitschrift „Jugend“ endgültig verboten ist, weil diese Zeitung Zeichnungen veröffentlicht, die die Würde der alliierten Mächte verletzen.

Percin,
Rittmeister und Administrateur.

Der neue Friedenstermin.

Friedensschluß auf den 10. Januar festgesetzt.

Die amtliche französische Agentur Havas meldet: Der Text der vom Obersten Rat angenommenen Formel, welcher die Verhandlungen über das von Deutschland zur Kompensation für die Zerstörung der Flotte von Scapa Flow verlangte Marinematerial zugrunde liegen, wurde am Montag nachmittag dem Freiherrn von Versner übergeben. Man hat sich mit der deutschen Delegation endgültig über die Formulierung geeinigt so daß der Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls des Friedensvertrages nichts mehr im Wege steht. Die durch die Inkraftsetzung des Vertrages nötig gewordenen Maßnahmen wurden im Prinzip ins Auge gefaßt. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wurde auf Sonnabend, 10. Januar, nachmittag, festgesetzt.

Zuvor hatte der Minister Loucheur dem Obersten Rat Bericht erstattet über die Unterhandlungen, die er mit dem Freiherrn v. Versner hatte. Er unterbreitete dem Rat die Formel, durch die das mit der deutschen Friedensabordnung über den Ersatz für die in Scapa Flow zerstörte Flotte abgeschlossene Abkommen verwirklicht wird. Der Oberste Rat nahm die Formel an.

Die angenommene Formel.

Die vom Obersten Rat angenommene Formel über den Ersatz für Scapa Flow sieht die sofortige Lieferung von 192 000 Tonnen schwimmenden Materials vor. Die Alliierten erklären, sie seien bereit, Abzüge vorzunehmen, falls die Lieferung der verlangten 400 000 Tonnen die Lebensinteressen der deutschen Schifffahrt gefährden, oder die Schätzungen der Alliierten sich als überschätzt herausstellen. Auf jeden Fall werden die vom Obersten Rat zugestandenen Abzüge eine bestimmte Zahl — Pariser Zeitungen sprechen von 100 000 Tonnen — nicht übersteigen. Die näheren Angaben sind in einem von Clemenceau unterzeichneten Schreiben enthalten, das nach Austausch der Ratifikation dem Freiherrn v. Versner übergeben wird. Da nun die Grundlagen für die Ratifizierung durch das Abkommen mit Versner festgelegt sind, sind die letzten Schwierigkeiten in dieser Angelegenheit aus dem Wege geräumt.

Die Verhandlungen über Memel.

Am Mittwoch hat sich die mit der Uebergabe der Oberhoheit von Memel und Danzig betraute Kommission versammelt. In der Beratung nimmt auch der Reichskommissar des Memelgebietes Graf Lambsdorff teil. Oberbürgermeister Altenberg, der ursprünglich an den Pariser Verhandlungen über das Memelgebiet teilnehmen sollte, nahm dringender Gründe wegen, die sein Verbleiben im Inlande erfordern, davon Abstand. Er wird von Berlin aus die Verbindung mit dem Memelgebiet und dem Ausland aufrecht erhalten.

Seine Verringerung der Besatzungs-Truppen.

Der Oberste Rat hat von der deutschen Note Kenntnis genommen, in der ersucht wird, aus Spar- und Sicherheitsgründen die Truppenmacht der Alliierten in den Gebieten, in denen die Volksabstimmung stattfinden soll, herabzusetzen. Der Rat hat seine diesbezügliche Antwort fertiggestellt und wird sie der deutschen Delegation überreichen. Es wird darin bemerkt, daß durch die Nichtbeteiligung der amerikanischen Truppen die Gesamtzahl um ein Viertel verringert ist, so daß keine Veranlassung besteht, die Truppenmacht noch weiter zu verringern.

Vorbereitungen zur Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich.

Die Reichsstelle Köln für Kriegsgefangenenrückkehr schreibt:

Nach Mitteilung des französischen Oberkommandos in Mainz beginnt zwei Tage nach der Ratifizierung des Friedens der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich und zwar werden zunächst die im besetzten Gebiet Heimkehrer zurückgeführt werden. Die Gefangenen kommen in Sonderzügen in die Durchgangslager Worms, Griesheim, Dürk, Jülich und Eschweiler bei Aachen und zwar in jedes Lager voraussichtlich täglich ein Zug mit etwa 1000 Mann. Die beiden ersten Lager bestehen bereits, die drei letzteren sind in wenigen Tagen unter Leitung der Reichsstelle Köln für Kriegsgefangenenrückkehr behelfsmäßig eingerichtet worden. Die Gefangenen bleiben in diesen Lagern 48 Stunden zur Einleitung und Ausstellung ihrer Papiere. Sie dürfen während dieser Zeit die Lager nicht verlassen. Es ist ihnen erlaubt, aus dem Lager an ihre Angehörigen Postkarten mit Ankunftsbenachrichtigung abzuschicken. Ein förmlicher Empfang in den Lagern und gemeinsame Rundgebungen, sowohl seitens der Kriegsgefangenen wie seitens der Bevölkerung auf den Straßen oder den zu durchfahrenden Bahnstrecken, Ausschmückung der Bahnhöfe ist untersagt. Die Rückkehr der Gefangenen darf nur im Kreise der Angehörigen innerhalb des Hauses festlich begangen werden. Jeder politische Anstrich muß ausgeschlossen sein. Der Abtransport aus den genannten Lagern erfolgt nach Möglichkeit in besonderen Transportzügen oder in Zügen des öffentlichen Verkehrs. Im Anschluß an die Rheinländer folgen die übrigen deutschen Gefangenen. Diese fahren durch das besetzte Gebiet unmittelbar in die Durchgangslager des unbesetzten Gebietes, von wo sie entlassen werden.

Die Hungergefahr.

Getreidevorrat nur für 14 Tage?

Die Ernährungslage ist doch nicht so günstig, wie die Regierung es dieser Tage darzustellen beliebt. Es kam im Gegenteil geradezu von einer Gefährdung unserer Broterzeugung gesprochen werden, die unzweifelhaft zu einer Katastrophe führen muß, wenn die Regierung nicht sofort alle Hebel in Bewegung setzt, um die auf dem Lande lagernden Vorräte zu erfassen.

Die Gemeinden sind noch bis zum 15. Januar mit Brotgetreide vorbeliefert. Dann sind sie wieder auf die Belieferung der Reichsgetreidestelle angewiesen. Letztere verfügt zur Zeit jedoch nur über einen Vorrat, der nicht viel weiter als vierzehn Tage ausreicht. Der Berliner Magistrat behauptet in einem neuen dringenden Aufruf an die Regierung, daß die Reichsgetreidestelle Anfang Februar leer von Getreide sein werde, wenn bis dahin nichts Durchgreifendes zur Auffüllung der Vorräte geschieht.

Die Regierung baut darauf, daß die Lieferungsprämien auf eine Beschleunigung der Ablieferung von Brotgetreide hinwirken werden. Ob die neuen Getreidelieferungsprämien ihre Jugkraft sofort ausüben wird, zumal sie auf eine schnelle Lieferung nicht eingestellt ist, steht jedoch keineswegs fest. Selbst wenn es gelingen sollte, der gegenwärtigen Schwelgen der Vorräte zu werden, muß man sich darauf ge-

faßt machen, daß die Krisis mit dem Augenblick, da die Lebensmittellieferungen wieder hinter dem Bedarf zurückbleiben, von neuem ausbricht. Noch über ein halbes Jahr trennt uns von der Ernte. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß unsere Versorgung mit inländischem Brotgetreide bis dahin sichergestellt ist. Vielmehr werden wir nach dem Urteil maßgebender Sachverständiger mindestens noch zwei Monate von eingeführtem Getreide leben müssen. Nicht weniger als 600 000 Tonnen zu einem Weltmarktpreis für Weizen von über 7000 Mark sind dazu erforderlich. Dabei fragt sich noch, ob ein solches Quantum noch verfügbar ist und ob auch der Schiffsraum zu seiner Beförderung bereitgestellt werden könnte.

Für Beseitigung der augenblicklichen Krisis muß die Regierung auf restlose Erfassung des noch vorhandenen Getreides hinarbeiten. Diese wird sich am besten in Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Organisationen erreichen lassen. Mit Gewalt wird man nicht weit kommen, nur friedliche Vereinbarungen dürften zum Ziele führen. Der Vorschlag des früheren Unterstaatssekretärs im Reichsernährungsamt Eder von Braun, eine direkte Verständigung zwischen Erzeuger und Verbraucher herbeizuführen und zu diesem Zwecke einen aus den Vertretungen des Städte- und Landtages, der Konsumvereine, der Landwirtschaft und der Genossenschaften gebildeten Ausschuss einzuberufen, wäre ein geeigneter Weg zur Besserung unserer Ernährungslage.

Aufhebung der Zwangswirtschaft?

Die Erörterungen in der Öffentlichkeit über die drohende Ernährungsnotlage scheinen das herrschende Zwangswirtschafts-System ins Wanken gebracht zu haben. Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ hört, sind von der Regierung die Vertreter der deutschen Landwirtschaft nach Berlin berufen worden, um über eine großartige Aktion zu beraten. Die Verhandlungen werden in der nächsten Woche im Reichswirtschaftsministerium beginnen.

Welche Stellung die Ernährungsbehörden einnehmen, und ob sie sofort mit bestimmten Vorschlägen an die Landwirtschaft herantreten werden, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Doch ist damit zu rechnen, daß die Regierung die Zwangswirtschaft ganz aufheben oder doch in erheblichem Maße mildern wird.

Inzwischen gibt die Regierung folgendes Bericht: Die beunruhigenden Mitteilungen über einen in der nächsten Zeit bevorstehenden Zusammenbruch der Broterzeugung sind unrichtig. Es trifft vor allem nicht zu, daß die Reichsgetreidestelle nur noch für vierzehn Tage die Versorgung wird aufrechterhalten können. Sie ist vielmehr auf Grund der erfolgten Lieferungen und der ihr zurzeit angeforderten Verladungen von Getreide auf etwa ein bis anderthalb Monate gedeckt. Auf Grund der bisher gesammelten Erfahrungen ist ein Steigen der Anlieferungen, das die Versorgung weiter sichergestellt, um so bestimmter zu erwarten, als die deutsche Getreideernte nicht ungünstig war und eine gewisse Zurückhaltung in den Anlieferungen im Dezember vorigen Jahres nur darauf zurückzuführen ist, daß man in landwirtschaftlichen Kreisen die Einführung der Ablieferungsprämie abwartete, deren Kommen aus den mit den Vertretern der Landwirtschaft gepflogenen Besprechungen bereits bekannt war. Hinsichtlich eines gegen Ende des Versorgungsjahres zu erwartenden Defizits wird eine Deckung durch entsprechende Einfuhr sichergestellt werden. Durch die kürzlich getroffene Neuordnung der deutschen Warenausfuhr steht bestimmt zu erwarten, daß die Reichsregierung ausreichende Auslandsdebieten in Händen haben wird, um den notwendigen Getreidebedarf auch für den Schluß des Versorgungsjahres sicherzustellen.

Deutsche Verlustzahlen.

Nähezu 1 750 000 Tote.

Der mehrheitssozialistische Abgeordnete Adolf Tiele veröffentlicht eine Schlußübersicht über die Verluste des deutschen Heeres und der Marine. Hier- nach sind für das Landheer 1 551 und für die Marine 178 Verlustlisten herausgegeben worden.

An Toten hat das deutsche Heer insgesamt 1 718 246 Menschen zu beklagen, von denen auf die Mannschaften 1 655 553 und auf die Offiziere 62 693 Mann entfielen. Die Zahl der Verwundeten beträgt 4 234 107. Hierunter 116 015 Offiziere. Als Ge-

fangene oder Vermittelte endlich vorzuziehen die Verlustlisten insgesamt 1073619 Mann, die wiederum in 1050516 Mannschaften und Unteroffiziere, sowie 23104 Offiziere sich teilen. Der Gesamtverlust des Landheeres beträgt also 7025972 Menschen.

Die Verlustzahlen der Marine sind naturgemäß wesentlich geringer, immerhin aber, im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Marineangehörigen, erschreckend hoch. Als tot werden hier 24112 Mannschaften und Unteroffiziere, als verwundet 29820 und als gefangen 11654 Marineangehörige bezeichnet, hinzu kommen die in neutralen Staaten Internierten, an Krankheit Gestorbenen, so daß die Gesamtverlustziffer der Marine 78342 Menschenleben beträgt.

Die Verlustziffern der gegnerischen Länder sind noch nicht genau bekannt; eine vergleichende Uebersicht kann daher nicht gegeben werden. Zur Beurteilung mag nur folgender Vergleich die ganze Zerstörtheit des Weltkrieges beleuchten:

Im Kriege 1870/71 betrug auf deutscher Seite der Gesamtverlust an Toten 41210 (18056 gefallen, 10506 an Wunden gestorben, 14648 an Krankheit gestorben), an Verwundeten und Unfallverletzten 98233, an Gefangenen oder Vermittelten 14138.

Lohnkämpfe und Streiks.

Die Eisenbahnerbewegung.

Der Erlaß des Eisenbahnministers an die Eisenbahndirektion in Frankfurt a. M., in dem die Schließung der Eisenbahnverhältnisse für Dienstag angedroht wurde, wenn die passive Resistenz der Eisenbahnarbeiter am 5. Januar noch andauern sollte, hat seine Wirkung erzielt. Die Eisenbahnarbeiter in Frankfurt am Main haben, mit der einzigen Ausnahme der Arbeiter eines Rangierbahnhofs, die passive Resistenz aufgegeben. Die Arbeitsleistungen sind beträchtlich gestiegen. Die Schließung der Eisenbahnverhältnisse ist infolgedessen nicht erfolgt.

Im Bezirk Köln ist alles ruhig. Dagegen ist allenthalben eine große Erregung unter der Eisenbahnerarbeiterschaft zu bemerken. Im Elberfelder Bezirk hat die Bewegung bereits zu offenen Streiks geführt. Auf einer großen Reihe großer Bahnhöfe ist gestreikt, so u. a. in Düsseldorf, Elberfeld, Hagen, Bismarck. Der Betrieb ruht auf diesen Bahnhöfen oder wird notdürftig aufrechterhalten.

Die Tarifverhandlungen zwischen dem Eisenbahnministerium und den Fachverbänden der Eisenbahner sind, wie verabredet, wieder aufgenommen worden. Wenn die neuen Tarifforderungen der Eisenbahnerverbände reiflos bewilligt würden, dann würde das eine Mehrbelastung des Eisenbahnnetzes um jährlich 1 Milliarde 700 Millionen Mark bedeuten.

Die Arbeiterschaft ist inzwischen mit erheblichen neuen Forderungen aufgetreten. Es wird unter Hinweis auf die schnell fortschreitende große Teuerung der wichtigsten Lebensmittel eine sehr wesentliche Erhöhung der von der Verwaltung schon gewährten Abschlagszahlungen vor Abschluß des Tarifs verlangt. Eine Eingabe, die den gleichen Zweck verfolgt ist von den Gewerkschaften an die preussische Staatsregierung gerichtet worden.

In einer Versammlung der schlesischen Eisenbahner wurde ein Beschluß auf sofortige Beschleunigung des Tarifabschlusses und Einberufung der Landesversammlung gefaßt.

Welche Stellung zu den neuen Forderungen eingenommen werden wird, ist nicht allein Sache der Eisenbahnverwaltung zu entscheiden, sondern der Regierung und der Landesversammlung, die ebenfalls bei den Verhandlungen vertreten sind.

Aushebung der Angestellten der Reichs- und Staatsministerien.

Zur großen Saal der Berliner Börse fand eine große Kundgebung der Beamten und Angestellten der Reichs- und Staatsministerien und in den Heeresbetrieben für den Reichstagsrat statt. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der die Angestellten der Reichs- und Staatsministerien schärfsten Protest gegen die Verzögerung des Abschlusses des Reichstagsvertrages erheben und die Erwartung ausdrücken, daß die Gesamtheit der Minister ihre Vertreter beauftragen werden, unterzüglich die bereits am 11. September begonnenen Verhandlungen fortzusetzen. Im Anschluß an die Versammlung bildete sich ein Demonstrationzug nach der Reichstagskanzlei. Dort überreichte eine Deputation die Forderung der Angestellten.

Vor dem Streik im Versicherungsgewerbe.

Die Abstimmung in den Versicherungsgesellschaften über den Streik oder Nichtstreik erstreckt sich über das ganze Deutsche Reich. Die Resultate gehen dem Zentralverband der Angestellten zu, und von diesem wird es dann abhängen, ob er bei entsprechendem Ausfall der Abstimmung den Streik sogleich proklamieren oder ob er weitere Verhandlungen versuchen, oder welche Taktik er sonst einschlagen will. Aus einer Reihe großer Städte, z. B. Frankfurt a. M., Magdeburg, München, Köln, Stettin, insgesamt bereits aus nahezu 30 Städten, liegen beim Zentralverband die Abstimmungsergebnisse vor. Danach hat sich die dortige Mehrheit der Angestellten für den Streik erklärt. In Betracht kommen im ganzen etwa 50 Städte als Hauptplätze der Versicherungsgesellschaften. Es sollen in den Streik aber sämtliche Angestelltenkategorien in allen Betrieben, die mit dem Versicherungswesen zusammenhängen, einbezogen werden, also auch in allen Generalagenturen in den kleineren Städten. — Die Abstimmung in sämtlichen Berliner Versicherungsbetrieben hat das Ergebnis gehabt, daß sich rund 87 Prozent der Angestellten für den Streik erklärt haben, somit weit mehr als die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Politische Rundschau.

— Berlin, 7. Januar 1920.

Die Entente-Kommission zur Feststellung des deutschen Schadenmaterials hat nach Befriedigung sämtlicher deutscher Ost- und Nordseehäfen ihre Arbeit beendet.

In Paris ist eine deutsche Protestnote gegen die Ausweitung des Verwaltungsgerichtspräsidenten von Saarbrücken, v. Hallen, und des ihm zugeordneten Regierungsassessors v. Salinuth überreicht worden.

— Die Kranaolen haben die Wiltz, nach Ratifikation

des Friedensschlusses im Saargebiet die Frankfurterwährung einzuführen.

— Zum Präsidenten des Deutschen Offizierbundes ist an Stelle des ausgeschiedenen Generalleutnants z. D. Schöck der General der Infanterie z. D. v. Hutier gewählt worden.

— Die deutsch-polnischen Verhandlungen, die in Paris fortgesetzt werden, haben zu einer Einigung über das Verwaltungsabkommen geführt. Die Verhandlungen über die militärischen Transportfragen, über das Wirtschaftsabkommen und die Finanzfragen gehen weiter.

— Nach einer Verordnung der französischen Militärverwaltung dürfen die von der deutschen Regierung beschlossenen Steuergesetze im Saargebiet keine Anwendung finden, wenn sie nicht in jedem besonderen Falle von der Militärverwaltung genehmigt sind.

— Ueber den Kreis Labiau (Ostpreußen) wurde der Ausnahmezustand verhängt, um den ausgedehnten Schmuggel zu unterbinden und die Bevölkerung vor Überfällen zu schützen.

— Einzelstaaten und Reichseinkommensteuer. Die verspätete Fertigstellung des Reichseinkommensteuergesetzes hat, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ mitteilt, dazu geführt, daß die Einzelstaaten und Gemeinden noch nicht wissen, welchen Betrag sie aus der Einkommensteuer zugewiesen erhalten. Als gesetzlicher Mindestbetrag steht ihnen die Einnahme des Jahres 1919 zusätzlich 6 Proz. zu. Länder und Gemeinden sind durch die Verhältnisse und teilweise gesetzliche Vorschriften gezwungen, am 1. Januar mit der Aufstellung ihres Etats zu beginnen. Obwohl sie angesichts der rasch fortschreitenden Geldentwertung mit dem Mindestbetrag keinesfalls auskommen können, werden sie doch gezwungen sein, ihn zunächst in den Etat einzuführen und danach dessen ganze Aufstellung vorzunehmen. Eine andere Auskunft kann den Gemeinden gegenwärtig durch die Landesregierungen nicht gegeben werden, da diese selbst vom Reiche noch keinen anderen Bescheid haben.

— Die Vermögensabrechnung mit dem Königshause. Der Gesetzentwurf, durch den die Auseinandersetzung zwischen dem Königshause und der preussischen Regierung legalisiert werden soll, ist im Staatsministerium fertiggestellt worden und wird in kurzer Zeit der preussischen Landesversammlung zugehen. Für die Auseinandersetzung ist die Form eines Vergleiches gewählt worden, in dem alle Werte, unter anderem die Grundstücke und die anderen Objekte, die nicht unbefristet dem Privatbesitz des Königs gehören, sondern dem Eigentum des bisherigen Königl. Hauses an sich selbst gehen ein Teil auch in den Besitz des Staates über. Dafür soll das Königshaus eine Abfindung erhalten, die es in den Stand setzt, die ihm aufliegenden Verpflichtungen an Wagnissen für die Mitglieder des Hauses, sowie die aufliegenden Verpflichtungen an Renten und Pensionen der Hofbeamten und Hofbediensteten zu bezahlen. Der Vergleich ist durch eine besondere Kommission mit den Vertretern des Oberhauptes des Königl. Hauses abgeschlossen worden und wird jetzt der preussischen Landesversammlung zur Ratifikation zugehen.

— Keine Auslieferung an Polen. Vor kurzer Zeit ist durch die Blätter eine Notiz gegangen, derzufolge die Polen eine Liste von deutschen Offizieren und Beamten aufgestellt haben sollten, die sich angeblich Vergehen gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges haben zuschulden kommen lassen. Es ist — so wird von zuverlässiger Seite dazu bemerkt — in der Öffentlichkeit nicht genügend bekannt, daß bei den Verhandlungen über den sogenannten deutsch-polnischen Minnestreitvertrag völlig zweifelhaft festgestellt worden ist, daß die polnische Regierung auf die ihr nach dem Artikel 288 des Friedensvertrages etwa zustehenden Rechte Verzicht zu leisten hat. Damit hat sich die polnische Regierung aller Rechte auf Bestrafung oder auf das Verlangen auf Auslieferung von deutschen Reichsangehörigen begeben. In Deutschland ist man sich jedenfalls völlig klar darüber, daß das in jeder Weise unberechtigte Verlangen auf den schließlichen Verhandlungen stützen würde und als indiskutabel betrachtet werden müßte.

— Das deutsche Mobiliar in Elsaß-Lothringen. Durch das zwischen Deutschland und Frankreich am 15. November 1919 geschlossene Abkommen betr. die Freigabe des noch in Elsaß-Lothringen befindlichen beweglichen Besitzes deutscher ist eine gemischte Kommission gebildet worden, deren Aufgabe es ist, dafür zu sorgen, daß die Freigabe des den Gegenstand dieses Abkommens bildenden Besitzes und dessen Abbesprechung nach Deutschland unter möglichst günstigen Bedingungen und im Geiste dieses Abkommens bewirkt wird. Die Kommission, an die sämtliche die Herausgabe des beweglichen Besitzes betreffenden Gesuche und Anträge zu richten sind, hat ihren Sitz in A. S. L. Die Anschrift lautet: „Deutsch-französische Mobiliarschutz-Kommission, Hotel zum Salmen, Reich.“ Gesuche und Anträge, welche in dieser Frage an andere Behörden, insbesondere an das Auswärtige Amt oder an die Deutsche Delegation in Baden-Baden gerichtet werden, erleiden dadurch nur eine Verzögerung in ihrer Verfolgung.

— Die braunschweigische Verfassungsfrage. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ erzählt, hat die Braunschweiger Regierung beschlossen, auf die aufgeworfene Frage, ob der Wiederzusammentritt der Landesversammlung ungefährlich sei, nicht einzugehen. Der Landtag wird durch den Präsidenten zum 20. Januar einberufen. Das Verfassungsproblem sei in letzter Linie auch abhängig von der Gestaltung der Gesamtlage im Reiche, die zu klären zurzeit noch Aufgabe der deutschen Nationalversammlung sei. Solange diese ihre gesetzgeberische Tätigkeit noch nicht abgeschlossen habe, könne auch mit der Arbeit der Abfassung eines Entwurfs für die endgültige Verfassung des Freistaates Braunschweig nicht begonnen werden. Eine Verfassung zu entwerfen, hinsichtlich welcher die Gefahr bestehe, daß sie durch entgegenstehende Reichsgesetze wieder abgeändert werden müsse, sei mindestens unfruchtbar Arbeit, und dies müsse in der jetzigen Zeit vermieden werden.

Generalkreis der Versicherungsangestellten.

Der Hauptausschuß der Angestellten im Versicherungsgewerbe hat in einer Sitzung den Streik der Angestellten beschlossen. Daraufhin hat der Zentralver-

band der Angestellten den Beginn des Generalkreises der Angestellten im Versicherungsgewerbe für Berlin so wie für ganz Deutschland auf Donnerstag früh festgesetzt. In Berlin werden damit ungefähr 15 bis 16 000 Angestellte bei 69 Gesellschaften, im ganzen Reich etwa 80 bis 100 000 bei rund 350 Gesellschaften vor dem Streik betroffen. Darin sind die Direktionsbetriebe eingerechnet. Da die Generalagenturen der Versicherungsgesellschaften ebenfalls in den Streik hineingezogen werden sollen, würde sich die Zahl der Ausständigen auf etwa 150 bis 200 000 erhöhen.

Die Reform der Beamtenbesoldung.

Eine Anfrage der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung wünschte von der Regierung eine zeitliche Regelung und Erhöhung der Teuerungszulagen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sowie beschleunigte Vorlage der angekündigten Besoldungsreform. Der Reichsfinanzminister hat diese Anfrage wie folgt beantwortet: „Die Höhe der Teuerungszulagen richtet sich nach den zwischen dem Reiche und Preußen vereinbarten Grundsätzen. Die Teuerungszulagen sind hiernach den jeweiligen örtlichen Verhältnissen anzupassen. Die Feststellung im einzelnen erfolgt durch die Länder. Die Besoldungsreform wird nach Kräften gefördert. Es besteht die Absicht, die Besoldungsnovelle den gesetzgebenden Körperschaften tunlichst rechtzeitig vorzulegen, daß sie zum 1. April 1920 in Kraft gesetzt werden kann.“

Die künftige Reichseinkommensteuer.

Es sind zu zahlen bei einem Einkommen von

Mark	Für unverheiratete Steuerpflichtige	Für verheiratete Steuerpflichtige
	Ohne Kind	Mit einem Kind
	Mark	Mark
4100	10	—
4300	30	—
4500	50	—
4600	60	10
4700	70	20
4800	100	50
4900	155	100
5000	210	155
5100	270	210
5200	330	270
5300	395	330
5400	460	395
5500	530	460
5600	600	530
5700	675	600
5800	750	675
5900	825	750
6000	900	825
6100	975	900
6200	1050	975
6300	1125	1050
6400	1200	1125
6500	1275	1200
6600	1350	1275
6700	1425	1350
6800	1500	1425
6900	1575	1500
7000	1650	1575
7100	1725	1650
7200	1800	1725
7300	1875	1800
7400	1950	1875
7500	2025	1950
7600	2100	2025
7700	2175	2100
7800	2250	2175
7900	2325	2250
8000	2400	2325
8100	2475	2400
8200	2550	2475
8300	2625	2550
8400	2700	2625
8500	2775	2700
8600	2850	2775
8700	2925	2850
8800	3000	2925
8900	3075	3000
9000	3150	3075
9100	3225	3150
9200	3300	3225
9300	3375	3300
9400	3450	3375
9500	3525	3450
9600	3600	3525
9700	3675	3600
9800	3750	3675
9900	3825	3750
10000	3900	3825

Locales und Provinzielles.

* Seisenheim, 10. Jan. Am Montag Nachmittag 5 Uhr findet auf dem Rathause eine Stadtverordnetenversammlung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Einführung und Verpflichtung der neugewählten Magistratsmitglieder.
2. Einführung und Verpflichtung der neu eintretenden Stadtverordneten.
3. Wiederholung der infolge Formfehlers nichtigen Wahl von 2 Kreisabgeordneten.
4. Ergänzungswahlen zur Lebensmittellkommission und zur Kommission für Gas, Elektrizität und Wasser.
5. Ergänzungswahlen zum Hauptausschuß und Bauausschuß.
6. Abordnung von einem oder mehreren Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zu den regelmäßigen Rassenrevisionen des Magistrats (§ 61 Ziffer 4 Abs. 2 der St.-O.).
7. Wahl einer Kommission von 10 Mitgliedern zur Festsetzung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen.
8. Erhöhung der Teuerungszulagen des Schuldners Kassenholz.
9. Uebernahme der anteiligen Kosten des Miteinigungsamtes auf die Gemeinde.
10. Bewilligung von Vortragskosten für einen erkrankten Lehrer der Volksschule.

* Seisenheim, 10. Jan. Die Bestimmung, daß in die seit 1. Januar eingeführten Einklopakete (Päckchen) briefliche Mitteilungen eingelegt werden dürfen, trifft für das besetzte Gebiet nicht zu. Päckchen und Postpakete innerhalb des besetzten Gebietes und zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland dürfen keinerlei schriftliche Mitteilungen enthalten.

* Seisenheim, 10. Jan. Einen erfreulichen Beweis dafür, daß unserer an Idealen armen Zeit das Verständnis für wertvolle alte Kunstdenkmäler und deren Bedeutung für die Pflege der Heimatliebe und Volksbildung nicht verloren gegangen ist, gaben die städtischen Körperschaften von Seisenheim, indem sie letztes Jahr bei Aufstellung des Haushaltplanes Mittel bewilligten für die Wiederherstellung der schönen und kunsthistorisch bedeutenden Marmorbüden am Markt- und Lindenplätze, die dem Vorfall entgegen gingen, sowie zur Erneuerung der vor einigen Jahren beschädigten Christusfigur in der Hospitalstraße und der im Frühjahr letzten Jahres durch Unhand zerstörten St. Nepomukstatue auf der Brücke zwischen dem Römerberge und dem Marktplatz. Den Bemühungen des Magistrats ist es jetzt gelungen zu den erheblichen Kosten, deren Tragung die Stadtgemeinde allein auf sich genommen hat, eine Beihilfe des Bezirksverbandes von 1000 M. aus dem Fonds für Denkmalspflege zu erhalten. Nachdem auch der Fuhrmann, dem seinerzeit das Mißgeschick begegnet ist, freiwillig einen namhaften Beitrag zu den Erneuerungskosten der Christusfigur geleistet hat, ist es möglich, jetzt alle die Arbeiten in Angriff zu nehmen. Die Ausführung, die längere Zeit dauern dürfte, erfolgt gemäß den Bedingungen des Landes-

ausschusses unter der Oberleitung des Bezirkskonservators für den Reg.-Bez. Wiesbaden, Geheimrat Professor Luthmer durch den akad. Bildhauer Ph. Herm. Leonhard in Höchst.

§ Weisenheim, 10. Jan. „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“, diese Worte seien in der jetzigen Zeit wirtschaftlicher Not sehr oft in die Tat umzuwandeln, wenn die öffentliche Fürsorge nicht gleich eingreifen kann. Die Ortsgruppe Weisenheim-Johannisberg des Reichsbundes der Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen möchte sich gern den Wortspruch zu eigen machen, doch als junge Korporation fehlen hierzu die Mittel. Um dies zu ermöglichen, veranstaltet der Verein am Samstag den 24. Januar, abends 6½ Uhr, im „Deutsches Haus“ ein Wohltätigkeits-Konzert, dessen Reinertrag reiflos bedürftigen Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen zugute kommt, auch soll ein Teil der Einnahmen dem Kriegsblindenheim überwiesen werden. In anerkannter Weise haben die ganze Kapelle des Philharmonischen Vereins, die Gesangsvereine „Cäcilia“ und „Liederfranz“, sowie die Turnerschaft Weisenheim ihre gütige Mitwirkung zugesagt. Ein vorzügliches Programm bürdet für gute Unterhaltung und sind Eintrittskarten zu 5, 3 und 1.50 Mk. in den noch näher zu bezeichnenden Vorverkaufsstellen erhältlich; doch sind der Mildtätigkeit keine Schranken gesetzt. An alle Edeldenkenden ergeht die Bitte, diesen Akt wirklicher Nächstenliebe zu unterstützen und die Leiden der Kriegsoffer zu mildern.

§ Weisenheim, 10. Jan. Der Bürgergesellschaft vom Quartett-Verein ist es gelungen eine Vereinigung Wiesbadener Künstler vom Nassauischen Landestheater für eine Reihe von Veranstaltungen die hier in Weisenheim in Form von weiteren Künstlerabenden stattfinden sollen, zu gewinnen. Der erste dieser Abende wird ein Operettenabend sein, an welchem aus älteren und modernen Operetten die schönsten Solonummern, Duette, Terzette und Quartette in künstlerischer Ausführung zum Vortrag gebracht werden. Mitwirkende sind: die bestbekannte Opernsängerin Fräulein Bommer, die jugendliche Opernsängerin Fräulein Hanna Huber, Operntenor und Opernbuffo Heinrich Schorn, Schauspieler Hans Bernhöft, Kammermusiker Herr. Penning, sämtlich vom Nassauischen Landestheater. Die erste Veranstaltung findet voraussichtlich am Dienstag, den 20. Januar im Deutschen Hause statt. Näheres durch die Zeitungen und Plakate.

§ Weisenheim, 10. Jan. Theater. Die Direktion Württemberg teilt uns mit, daß die nächsten Theater-Vorstellungen am 18. und 19. d. Mts. stattfinden.

§ Weisenheim, 10. Jan. Das am vergangenen Sonntag im Saalbau „Deutsches Haus“ abgehaltene Konzert mit Theateraufführungen des hiesigen Fußballvereins 1908 hatte einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Der Saal war zum Drängen voll, ein Zeichen, welches großer Sympathie sich der Verein in der hiesigen Bürgererschaft zu erfreuen hat. Auch die Erwartungen derselben wurden nicht getäuscht. Herr Konzertsänger A. Kilian brachte in seiner wohlklingenden Tenorsstimme zwei Lieder zum Vortrag, deren Vortragweise eine gute Schulung erkennen ließen. Zwei Rezitationen von H. Heim „Der König von Babylon“ und „Liebespiel“ erzielten starken Beifall. Auch die beiden Einakter, von Vereinsmitgliedern gespielt, waren dazu angetan, die Heiterkeit der Zuschauer dauernd anzuregen, wie auch die lustigen Gesangsduette, Lieder zur Laute und das humoristische Kuplet „Die beiden Schwestern“. Nicht zuletzt die altbewährte Musikkapelle, die wieder Proben ihres guten Könnens ablegte. Der anschließende Ball mit Verlosung verlief ebenfalls in recht gemüthlicher Weise. — Fußballsport. Für morgen Sonntag hat die erste Elf des hiesigen Fußballvereins 08 das Rückspiel gegen F.-B. Schwanheim ausgetragen. Das Vorspiel wurde seinerzeit in Weisenheim überraschenderweise von 08 mit 6:1 gewonnen und wird Schwanheim alles daran setzen, das Resultat umzukehren. Die 2. und 3. Mannschaft spielt in Bingen gegen die gleiche von Fußball-Verein Bingen.

× Rüdesheim, 8. Jan. An einem der letzten Abende verließ ein Fuhrmann, um geschäftliche Aufträge in einem Hause zu erledigen, seinen Wagen und sein Pferd. Als er nach kurzer Zeit heraustrat, sah er, wie sein Pferd ausgespannt war und ein Pferdedieb vergnügt auf ihm davontobte. Da niemand in der Nähe war, rief er ein lautes „Hüh“. Das Pferd, die Stimme seines Herrn erkennend, blieb stehen, der Dieb sprang ab und entfloß. Der Spitzhund konnte unerkannt in der Dunkelheit entkommen.

× Almannshausen, 8. Jan. Anfangs der Woche brach in dem Anwesen des Ferdinand Weisler Feuer aus. Nachdem das Dach zusammengestürzt war, brannte das Haus bis auf die Umfassungsmauern vollständig aus. Durch tatkräftiges Eingreifen der Feuerwehr konnte das bedrohte Nachbarhaus gerettet werden. Wie das Feuer ausbrach, ist noch unbekannt.

× Aus dem Rheingau, 8. Jan. Die Nachfrage nach 1919er Weinen ist z. Z. sehr rege. Die Preise steigen fortgesetzt. Nach Weinen älterer Jahrgänge herrscht starke Nachfrage, doch ist von 1918er fast nichts mehr zu haben und die 1917er sind so gut wie ausverkauft.

FB Das Jahr neigt zu Ende.

„Es schreitet fort das müde, alte Jahr.
In seiner weiten Toga tiefen Falten
Nimmt es mit sich viel Kummer, Gram und Schmerz
Und heiße Tränen, die den Toten galten.“

So spricht mit Recht der Dichter in Nummer 34 des zweisprachigen „Rhein im Bilde“, welcher dem scheidenden einen Abschieds- und dem kommenden Jahr einen Willkommengruß sendet. Einen interessanten Nachklang der letzten so fieberhaft tätigen Tage der vergangenen Wochen, wird der Leser in dem Artikel über die Weinversteigerung der staatlichen Domänen-Weinbauverwaltung im Rheingau finden. In derselben Nummer steht auch außer einem sehr beachtenswerten Aufsatz über ehemalige Soldaten Napoleon I. die auf dem Coblenzer Friedhof ruhen, eine hochinteressante Erläuterung über die Erstausführung der „Frau ohne Schatten“.

Sport und Verkehr.

× Wiederaufnahme des Luftverkehrs. Um die wirtschaftlich schwer darniederliegenden deutschen Luftverkehrsvereine zu unterstützen, hat, wie Berlin-Expreß meldet, das Reichsamt die Zulassung einer ausreichenden Menge von Benzin und anderen Betriebsstoffen aus den Luftreedereien im Unternehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium und dem Luftministerium verfügt. Die Wiederaufnahme des Luftverkehrs in Binnenlande erfolgt bei eintretender ruhiger Witterung. Mit der Aufnahme des Luftverkehrs nach Skandinavien ist schon in den nächsten Tagen zu rechnen.

Aus Stadt und Land.

× Das vermiste Opfer der „Hohenf“-Sturmflut vom 2. November, der Bergwerksarbeiter Stäbel aus Staaken ist jetzt aufgefunden worden. Er wurde von dem Luftschiff an einem Halteplatz bis nach Genthin geschleppt, dort stürzte er ab und wurde am 11. Dezember von Holzjägern im Walde aufgefunden. Eine Gerichtscommission stellte den Tod durch Ersticken fest und man beerdigte ihn als unbekannt. Eine Fahrkarte Staaken-Spandau und eine Einlagekarte zur Zeppelinwerft führten jetzt zu seiner Ermittlung.

× Verhaftung eines Millionenchwindlers. Zur Verhaftung des 21-jährigen Kaufmanns Max Steller, der als Mitinhaber der „Hirma“ Sudermann u. Steiner in Berlin durch Fälschungen 1½ Millionen Mark erschwindelte und nun in Götting festgenommen wurde, wird noch mitgeteilt, daß Steuer in Götting unter dem Namen Max Werner auftrat. Der Göttinger Polizei war bekannt, daß sich in Götting ein junger Mann aufhielt, der versuchte, mit Göttinger Kaufleuten geschäftliche Verbindungen anzuknüpfen und über riesige Geldmittel verfügte. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß der angebliche Max Werner mit einem Schwindler identisch ist, der in Berlin und Schöneberg durch zehn gefälschte Duplikatfrachtbrieve eine Million 600 000 Mark erlangt hatte. Dieses Geld gab er nun mit vollen Händen aus. Er hielt sich zwei Automobile, das eine kaufte er für 74 000 Mark, das andere, das er in Hamburg eingestellt hatte, für 30 000 Mark. In Weinrestaurants und Cafés in Berlin und größeren Provinzstädten war er wegen seiner großen Geldausgaben ein gern gesehener Gast. In Götting wurde er mit 150 000 Mark Teilhaber einer bekannten Weinhandlung; bei seiner Verhaftung wurden nur noch geringe Geldbeträge vorgefunden.

× Schadenersatzansprüche geschädigter Schriftsteller gegen streikende Buchdrucker. Durch den jüngst beendigten wilden Buchdruckerstreik in Königsberg, der das Nachsehen der dortigen bürgerlichen Presse im Gefolge hatte, wurden, wie das „Hörtenblatt“ für den deutschen Buchhandel berichtet, die ständigen Mitarbeiter dieser Zeitungen erheblich betroffen, so daß sie einen fühlbaren Ausfall an Honorar erlitten. Diese Schriftsteller haben nun gegen die am Streik beteiligten Buchdruckergehilfen gerichtliche Schadenersatzansprüche geltend gemacht. Der grundsätzliche Lebensweg wegen will man diesen Prozeß in allen Instanzen durchführen.

× Hilferuf aus dem Uberschwemmungsgebiet. Der Bürgermeister von Koblenz hat an den Reichsminister, den Präsidenten des Staatsministeriums, den Reichsfinanzminister und den preussischen Finanzminister Telegramme gerichtet, daß durch das Hochwasser unermesslich großer Schaden an lebendem und totem Eigentum der Bürgerchaft entstanden sei. Da allgemeine Not auch in anderen Gemeinden des Rheins herrsche, bitte er dringend um Unterstützung durch Reich und Staat, da die Gemeindegeldmittel wegen der Höhe des Schadens verfallen. — Infolge weiteren Rückganges des Hochwassers konnte die Schiffsahrt auf dem Rhein wieder aufgenommen werden.

× Die Kohlentatsache der Berliner Groß-Industrie. Die Direktion der Siemenswerke, sowie der Siemens-Schubert A.-G. hat sich gezwungen gesehen infolge der eingetretenen Kohlenalamität ihren 35 000 Arbeitern bekanntzugeben, daß der Betrieb sofort bis auf weiteres eingestellt werden muß. Bei den anderen Groß-Firmen steht es nicht viel besser aus. Ludwig Loewe u. Co. A.-G. haben bekanntlich am 30. Dezember geschlossen, und bis jetzt ist es nicht möglich gewesen, für diesen Betrieb genügend Kohlen heranzuschaffen, und auch hier feiern jetzt immer noch 3000 Arbeiter. Die meisten von ihnen sind in der Zwischenzeit bei der Erwerbslosenfürsorge eingetragenen worden und beziehen Arbeitslosen-Unterstützung für die Arbeiter sind diese Kohlenferien um je empfindlicher, als sie Erwerbslosenunterstützung erst nach einer sechstägigen Karenzzeit erhalten. — Infolge Verschärfung der Kohlenstrafe ist Frankfurt am Main ohne Straßenbahn und Nachtbeleuchtung. In Privathaushaltungen darf nach zehn Uhr abends kein elektrisches Licht mehr gebrannt werden. Gas wird morgens von 6—8 Uhr und abends von 5—10 Uhr abgegeben. Mittags wird kein Gas mehr geliefert, so daß warmes Mittagessen nicht mehr auf Gas hergestellt werden kann, sondern nur noch Holz-Heerd oder Pfendfeuer vorhanden ist.

× Die Opfer des Brandes in Landru. Aus Paris wird gemeldet: Nach monatelangen Nachforschungen gelang es der französischen Polizei, in der Nähe des Dorfes Cambais zahlreiche, meist gut erhaltene Skelette-Überreste von Opfern des sogenannten „Blaubartes Landru“ aufzufinden. Es wurde ermittelt, daß Frau Landru bei der Verabreichung und Ermordung der jüngsten Geliebten ihres Gatten Mithilfe geleistet und ihre Kinder verleitet hat, den Nachlaß der Opfer in St. Herbe zu bringen.

× Die Masse der deutschen Legion geraubt. Zwei Soldaten namens Leo Ewars und Herff erbrachen die Internatensklasse der vor kurzem aus dem Baltikum zurückgeführten Deutschen Legion in Wilkisch (Ar. Lit.) und raubten 700 000 Mark. Auf die Ermittlung der Täter und Wiedererlangung des Geldes sind 10 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

× Der Gasthof zum Godesberg in Godesberg am Rhein, bekannt vor allem durch seine Festherin, Baumbachs Lindenwirtin „Mannchen“ Schumacher, wird demnächst in andere Hände übergehen. Der Godesberger Männergesangsverein „Cäcilia“ hat beschlossen, das 175 Jahre alte Haus für 250 000 Mark zu erwerben und es zu einem Betriebskaffee umzuwandeln.

× Die Wiener Kinder in Deutschland. In Heidelberg steht die Verteilung der ersten zur Pflege nach Deutschland gekommenen 300 Kinder auf Schwierigkeiten. Man reißt sich nämlich um die Kinder. Es haben sich viele hunderte von Familien mehr gemeldet als Kinder angekommen sind. Deshalb wurden noch 300 Kinder für den Bezirk Heidelberg angefordert. In 14 Tagen geht von Wien der zweite Kinderzug nach Deutschland mit 800 Kindern für Karlsruhe ab. Als dritter Zug folgt ein gemischter Zug, der die Kinder nach verschiedenen bayerischen Städten verteilen wird.

× Eisenbahnunglück bei Paris. Auf der Brücke von Fontainebleau auf der Linie Paris-Berailles fuhr ein vom Invalidenbahnhof kommender Zug mit einem von Versailles eintreffenden Zug an einer Stelle zusammen, wo infolge der Ueberschneidung gegenwärtig nur ein Gleis in Gebrauch ist. Vier Wagen wurden zertrümmert, wobei 30 Reisende verletzt wurden, darunter fünf schwer.

× Die Erdbebenkatastrophe in Mexiko. Die Erdbeben, die am Sonntag in Mexiko stattgefunden haben, haben besonders in Veracruz, Tamaulipas und Morelos große Verheerungen angerichtet. Die Ansiedlung San Juan wurde vollständig zerstört. Zahlreiche Menschen sind ums Leben gekommen. Der Kirchthurm stürzte ein und tötete viele Kirchgänger. In Jalapa ist der größte Teil der Häuser zerstört. Auch andere Orte haben mehr oder weniger schwer gelitten. Insgesamt wurden 10 Erdstöße beobachtet. Die Bürger, die auf die Straße geflüchtet waren, wurden von den einstürzenden Häusern erschlagen. Im Theater in Jalapa entstand eine Panik, bei der viele Menschen von den Rängen ins Parkett sprangen.

× Das Königsberger Schloss wird Landesmuseum. Der Plan, das alte Königsberger Schloss als ein großes ostpreussisches Landesmuseum einzurichten, schien in der letzten Zeit stark gefährdet, da die Regierung auf die Unterbringung des Landesfinanzamtes im Schlossbau, unter Ablehnung aller anderen Vorschläge, beharrte. Nun ist, wie die Hartungische Zeitung erzählt, die Gefahr endgültig beseitigt. Die Berliner Behörden haben für die Zwecke des Landesfinanzamtes das über 100 Zimmer enthaltende Königsberger Hotel Deutsches Haus für den Preis von etwa 1½ Millionen Mark käuflich erworben.

× Ein ehemaliger deutscher Dampfer durch Feuer zerstört. Eine Feuersbrunst, deren Ursache noch unbekannt ist, brach am Montag morgen an Bord des früheren deutschen Dampfers „Bretoria“ aus, der kürzlich an Großbritannien abgetreten wurde. Der Schaden wird auf 100 000 Dollar beziffert.

× Deringe für Deutschland. „Aftenposten“ erzählt aus Bergen, daß zwanzig bis dreißig deutsche Schiffe mit gefüllten Deringen von der Westküste Norwegens nach Deutschland abgegangen sind. Eine größere Partie Deringe ist auch nach Polen geschickt worden.

× Ausschuss zur Bekämpfung der Räte. Nach Mitteilungen aus dem bolschewistischen Russland hat der Rat der Volkskommissare in Moskau einen besonderen Ausschuss zur Bekämpfung der Räte“ geschaffen. Dem Ausschuss obliegt es, technische Hilfskräfte zu mobilisieren.

× Der Verlauf der deutschen Ozeandampfer. Aus New York wird gemeldet: Der bereits angekündigte Verlauf der deutschen Ozeandampfer, die während des Krieges in amerikanischen Häfen beschlagnahmt wurden, hat begonnen. Der Anbruch der Kaufleute aus allen Teilen der Vereinigten Staaten ist sehr groß. Ausländer, auch Angehörige der alliierten Staaten, werden nicht zugelassen. Eine Anzahl kleinerer Dampfer wurde bereits zu ungewöhnlich hohen Preisen von Schiffsahrtsgesellschaften und großen Handelshäusern gekauft. Besonders Interesse wird aber dem Verlauf der deutschen Ozeantiefen entgegengebracht.

Mausoleum zu Mespelbrunn.

Wie liegst Du so schweigend hier
Am alten, knorr'gen Eichenhage,
Dir leuchten dort die Sternelein
Wie Lämpchen an dem Sarkophage.

Hier will ich ruh'n, wenn auch die Nacht
Dir ausdrückt ihren Todesstempel,
Du bist mir wie dem Armen einst
Von Hyllus erbauter Tempel.

Gelegnet sei ein kurzer Schlaf
In Deinem Frieden unermessen;
O, gönne mir an Deinem Tor
Zu meiner Rast ein still Vergessen.

Johanna Schloffer.

Katholische Gottesdienstordnung in Weisenheim.

Samstag, 10. Jan., von 4 Uhr an ist Gelegenheit zur hl. Beichte.
Sonntag, den 11. Jan.: 7 Uhr Frühmesse, 8¼ Uhr Schulmesse, 9¼ Uhr Hochamt, 2 Uhr Christenlehre und Andacht. Um 4 Uhr ist Generalversammlung des Kirchenchores im Vereinssaal; die Mitglieder und alle die in den Chor eintreten wollen, sind dazu eingeladen.
Dienstag ist in unserer Pfarre der Tag des ewigen Gebetes, welches morgens um 6 Uhr beginnt und mit der abends um 6 Uhr anfangenden Schlussandacht endigt. Die Frühmesse ist um 6, die Schulmesse um 8, das Hochamt um 9 Uhr. Die Stundenordnung ist an den Kirchentüren angehängt. Tags zuvor ist nachmittags von 4 Uhr an Gelegenheit zur hl. Beichte. Wer noch in den Vorromäusverein beitreten will, möge sich spätestens innerhalb 8 Tagen anmelden.

Stiftungen:

Montag, 6¼ Uhr gest. hl. Messe für die Seelen Peter Dissenauer, 7¼ Uhr gest. hl. Messe für Jakob Burtard und dessen Ehefrau Magdalena geb. Weidener.
Mittwoch, 6¼ Uhr gest. hl. Messe für die Seelen Georg Fröhlich und Anna geb. Bollmer, 7¼ Uhr gest. hl. Messe für Johann Frischer und Juliana geb. Marzelhan.
Donnerstag, 6¼ Uhr hl. Messe für Verstorbenen der Familie Anton Schmidt, 7¼ Uhr gest. Amt für Anna Maria Dehs.
Freitag, 7¼ Uhr Amt für Caspar Marzelhan und dessen Tochter Franziska.
Samstag, 6¼ Uhr hl. Messe für Johannes Dombach, 7¼ Uhr hl. Messe für Josef Engel.

Evangelische Gottesdienstordnung in Weisenheim

Sonntag, 11. Jan. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Bekanntmachung.

Montag, den 12. ds. Mts. werden im Wirtschaftsamte die

Milchkarten

ausgegeben und zwar in folgender Reihenfolge:
Familien mit den Namen A—G von 8—9 Uhr vorm.

" " " " H—K " 9—10 " "
" " " " L—Q " 10—11 " "
" " " " R—S " 11—12 " "

Den die Milchkarten abholenden Personen müssen die Geburtsdaten der milchberechtigten Kinder genau bekannt sein.

Den Beziehern von Krankenmilch können nur gegen Vorlage der Benachrichtigung der ärztlichen Prüfungsstellen die Milchkarten erneuert werden.

Geisenheim, den 8. Januar 1920

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Von Mittwoch, den 14. Januar, an kommen in den Kolonialwarenhandlungen

Bohnen

als Ersatz für fehlende Kartoffeln zum Verkauf. Auf die Person entfallen 250 Gramm zum Preise von 4 Mk. das Pfund auf Feld 2 der Lebensmittelkarte.

Die Vorlage der Karten zwecks Abtrennung des Bezugsabschnittes hat am 12. Januar zu erfolgen. Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Geisenheim, den 9. Januar 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Von Montag, den 12. bis Samstag, den 24. Januar, vormittags 11 Uhr, werden Bestellungen auf

Rebschwefel

im Rathaus — Wirtschaftsamte — entgegengenommen. Es wird gebeten den Termin genau einzuhalten.

Geisenheim, den 9. Januar 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Anordnung des Kreis-ausschusses vom 7. ds. Mts. wird hierdurch bekannt gemacht, daß von Montag, den 12. ds. Mts. an der Brotpreis auf Mk. 3.— für ein 2400 Gramm-Brot festgelegt wird.

Im Uebrigen wird auf die in den amtlichen Blättern erschienene Anordnung des Kreis-ausschusses hingewiesen.

Geisenheim, den 10. Januar 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung

Die Personalausweise sämtlicher Kreiseingesessenen müssen auf Anordnung der franz. Besatzungsbehörde künftig mit dem Interalliierten Stempel versehen sein. Soweit die Personalausweise diesen Stempel noch nicht tragen, müssen sie von den Bürgermeistern sofort eingezogen und zur Abstempelung der hiesigen Besatzungsbehörde vorgelegt werden. Die Abstempelung erfolgt für Geisenheim am 17. und 19. Januar 1920. Die Legitimationskarten sind deshalb am 16. und 17. ds. Mts., vormittags auf dem Rathaus abzugeben.

Die Rückgabe der Karten erfolgt am 20. Jan. 1920.

Geisenheim, den 9. Januar 1920.

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Gemäß Verfügung der Militärverwaltung Rüdesheim haben die Bewohner sämtlicher Häuser und Fabriken, die franz. Untertanen angehören oder in welchen franz. Kapital eingesetzt ist, beim zuständigen Bürgermeisteramt sofort Meldung zu erstatten.

Die Meldungen sind bis spätestens 12. Januar 1920, vormittags, einzureichen.

Geisenheim, den 9. Januar 1920.

Das Bürgermeisteramt.

Fertige

Herren- u. Knaben-Kleidung:

Sacco-Anzüge	Mk. 295, 395, 425, 575
Hosen	Mk. 15, 32, 54, 88, 125, 145
Joppen	Mk. 56, 59
Ulster und Paletots	Mk. 275, 420, 600, 800
Gummimäntel	Mk. 250, 325, 435, 525
Damen-Tuchkleider	Mk. 158, 193

Knaben- und Jünglingsgrößen entsprechend weniger.

Meine Mass-Abteilung

liefert unter Garantie für guten Sitz und prima Zutaten flottstehende Kleidungsstücke bei mässigen Preisen.

Bruno Wandt, WIESBADEN
Kirchgass 56.

Freiwillige Versteigerung.

Donnerstag, 15. Januar 1920, vorm. 9¹/₂ Uhr, versteigere ich im Aufhause im Auftrage des Herrn Lehrer a. D. Mayer in dessen Behausung gegen gleich bare Zahlung:

1 Doppenpony mit Geschirr, 1 wenig gebrauchtes Halbverdeck mit Kutscherbock ein- und zweispännig zu fahren, auch zum Selbstfahrfahren eingerichtet, 1 Gebirgsleiterwagen, 1 Reitsattel mit Zaumzeug, 1 Stehpult, 1 Feldbett, 2 eintür. Kleiderschränke, 1 Kinderwagen mit Gummibereifung, 1 Waschestell weiß emailliert mit Waschkübeln und Zubehör, 2 Nachttische, 1 Spirituslampe, 5 Blumenkasten aus Beton, mehrere Spiegel und dergl. mehr.

J. Heinz, Auktionator, Rüdesheim
Telefon Nr. 187. Friedrichstr. Nr. 14.

Weinbergs-Versteigerung.

Montag, 12. Januar 1920, vorm. 11 Uhr, werde ich im gest. Auftrag der Frau Nikolaus Walther Wwe. die nachstehenden Grundstücke, nämlich:

ca. 16 Ruten Weinberg im Thal,
" 123 " Weinberg u. Acker im Dickenbaum,
" 100 " Weinberg im Kies und
" 28 " Weinbergswust auf d. Kirchgrube
in der Wirtschaft „zur guten Quelle“ (Karl Raib, Wein-
straße) öffentlich zum Verkauf ausbieten.

Geisenheim, den 5. Januar 1920.

Daniel, Gerichtskanzlist a. D.

Lohnsätze

der vereinigten

Fuhrwerksbesitzer von Geisenheim.

Durch die enorm hohen Futter-, Material- und Unterhaltungskosten sind die Fuhrwerksbesitzer genötigt eine Erhöhung in den Fuhrpreisen eintreten zu lassen, wie folgt:

Tagelohn	Mk. 60.—
Ackern mit 2 Pferd à Rute	1.—
" 1 Pferd "	0.60
Eggen mit 2 Pferd "	0.80
" 1 Pferd "	0.18
" 1 Pferd und säen "	0.20
Haidefeld mit 1 Pferd ackern und säen	30.—
" 2 " "	50.—

Dung und Jauche "fahren" per Karre je nach Entfernung. In den Lehn, Ruhweg, Rott und vorderen Steinacker 5.—
Sommerau, Mönchspfad, unteren Spizenlehn und hinteren Steinacker 8—10 Mk.
Rahenloch, oberen Schorch, Trift, Alten-erden, Vogelgesang, ob. Spizenlehn 10—12 Mk.
Haide Mk. 12.—
Hainchen 15.—

Dung fahren von der Bahn in die Weinberge:
In Rahenloch, Altbaum, Deder, Müdenberg, oberen Schorch, Rilsberg, Morischberg, Platt, Viderlein u. ob. Rotenberg 12—15 Mk.
In die übrigen Weinbergslagen 8—12 "

Dung über die Stadtwage,
ein Zuschlag per Karre Mk. 1.—
Spritzwasserfahren à Stunde 10.—
Sand vom Rhein à Karre 5—7

Solz fahren.
Aus dem Schältschlag Antoniuskapelle, 4 Km. 30.—
Aus d. vorderen Wald einschl. Röspeil 50.—
Aus d. hinteren Wald einschl. Vogberg 80.—

Bahnsfahren.
Waggon 200 Zentner innerhalb der Ortsgrenze 80.—

Weinfahren.
An oder von der Bahn oder Rhein pro Stück 20.—
1/2 Stück im einzeln 15.—
Wein von oder nach auswärts ein Zuschlag 25.—
Nach Wiesbaden 140.—
Nach Mainz 150.—
Möbeltransport innerhalb der Ortsgrenze, die Fuhr nicht unter 20.—

H. Nickel, Dentist

Geisenheim, Landstr. 56¹.

Sprechstunden für Zahnleidende:

Dienstag und Freitag von 8—1 Uhr.

Zahnziehen. — Plombieren.

Zahnersatz in Gold und Kautschuk.

Arbeiter zum Rotten

eines Wustfeldes in der Gemarkung Geisenheim, Distrikt Morischberg, für sofort gesucht.

Bewerber wollen sich melden im Weinbaubetrieb der Preussischen Lehranstalt Geisenheim.

Färberei u. Hem. Reinigung

Karl Döring, Wiesbaden.

Fabrik: Drudenstrasse 5. — 6149 Telefon 6149.

Läden: Weissenburgstrasse 12, Schwalbacherstrasse 9.

Annahmestelle für Rüdesheim, Geisenheim und Umgebung Herr Schneidermeister, Schön, Rüdesheim Neustrasse 12.

Reinigen und Färben sämtl. Herren- u. Damen-garderoben sowie Leppichen, Möbelsstoffen usw. innerhalb 8—10 Tagen bei tadelloser Ausführung, und soliden Preisen. Trauersachen innerhalb 48 Stund. Durch genügend Benzinvorrat bin ich in der Lage, allen Anforderungen im Reinigen gerecht zu werden.

Wir suchen einen tücht. Schreiner

und einen

geeigneten Mann

als Nachtwächter.

Kaolinwerk.

Ein

Lehrmädchen

gesucht.

Bella Levitta
Modistin, Rüdesheim.

Suche

für meinen Neffen 16 Jahre alt, leichte Beschäftigung, gleich wech. Art (Gartenarbeit am liebsten). Eintritt kann sofort erfolgen. Anfragen erbeten unter St. 100 an die Geschäftsst.

Bertausche Gertweiden

gegen

Kartoffeln.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Elektrisches Installations-Geschäft

für Licht und Kraftanlagen
Wils. Kuhlmann
Hospitalstrasse 11.

Husten, Atemnot,

Verkleimung.

Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite.
Deine Deide, Wackerleben, Provinz Sachsen.
Auch bei Hautjucken, Fiechten, Krätze, offenen Weingeschwüren gerne umsonst Auskunft. Rückmarke erwünscht.

Kanin-, Hasen- u. alle anderen Felle
kauft zu höchsten Preisen
Pet. Jos. Klein, Geisenheim
Steinheimerstr. 5.

Täglich frische Wurst

Pferdesfleisch
nur gegen Bestellung
Samstags bei
Karl Raib, Gastwirt
Weinstraße 11.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Turnerschaft Geisenheim von 1858.

Heute Abend 7¹/₂ Uhr:
Vorstands- und
Komiteefestung
im „goldenen Knopf“ (E. Bollmer).
Der Vorstand.

„Cäcilia“ Geisenheim.

Vereinslokal Andr. Ober
Sonntag, Nachm. 1 Uhr:
Vorstandsfestung
wozu alle Vorstandsmit-
glieder höflichst einladet.
Der 1. Vorsitzende.

1. Geisenheimer Fußballverein 1908

Sonntag spielt 1. Mann-
schaft gegen Schwarzhelm
und 2. und 3. Mannschaft
in Bingen gegen Fußball-
verein Bingen.
Der Spielausschuß.

Schafzucht-Verein

Montag den 12. Jan.,
7 Uhr:
Versammlung
im Hotel Germania
Aufnahme neuer Mit-
glieder.
Vorstandswahl.
Schafbezug.

Tabak

echt, garantiert rein
Kautabak
Zigarren
Zigaretten

empfiehlt
Rosa Elfen, Bingen
Hasengasse 5.

Täglich frische Wurst

Frau Joh. Bach
Weinstraße 11.

Rheumatismus, Ischias, Herzleiden.

Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Leiden selbst befreite, nur Rückmarke erwünscht.
Aug. Streichert,
Dinkingerode (Eichsfeld).

Geflügel-Freunde lesen die
Geflügel-Welt,
Chemnitz, G. 28.
Probe-Nr. v. Bücherzettelgrat.